



Ausschuß für Innere Verwaltung

26. Sitzung (nichtöffentlicher Teil)*)

9. Oktober 1997

Düsseldorf - Haus des Landtags

13.45 Uhr bis 15.40 Uhr

Vorsitz: Klaus Stallmann (CDU)

Stenographin: Heike Niemeyer

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

Vor Eintritt in die Tagesordnung

1

Als neues Mitglied in den Beirat des Härtefonds des Landes Nordrhein-Westfalen zur Unterstützung von NS-Opfern aus Billigkeitsgründen wird einstimmig Hans-Peter Meinecke (SPD) für den ausscheidenden Jürgen Jentsch (SPD) gewählt.

*) öffentlicher Teil siehe APr 12/682

- 2 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1998 (Haushaltsgesetz 1998) 2**

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 12/2400
Vorlage 12/1515

Einzelplan 03 - Innenministerium

(Die Behandlung dieses Punktes erfolgt im Anschluß an Punkt 5.)

- 3 Achtes Gesetz zur Änderung dienstrechtlicher Vorschriften 1**

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 12/2124

Der Ausschuß einigt sich darauf, in seiner Sitzung am 6. November um 13.30 Uhr ein Fachgespräch mit Vertretern der drei kommunalen Spitzenverbände, des DGB, des Deutschen Beamtenbundes, des Bundes der Steuerzahler und des Kommunalen Arbeitgeberverbandes Nordrhein-Westfalen.

- 4 Gesetz zur Stärkung der Leistungsfähigkeit der Kreise, Städte und Gemeinden in Nordrhein-Westfalen 2**

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 12/2340
Zuschrift 12/1370

Mit Blick auf die am 8., 9. und 10. Oktober stattfindende Anhörung unter Federführung des Ausschusses für Kommunalpolitik verständigt sich der Innenausschuß darauf, vor der Beratung die Auswertung dieser Anhörung abzuwarten.

- 5 **Gesetz zur Änderung des Personalausweisgesetzes NW** 2
Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 12/2229

Der Ausschuß billigt den Gesetzentwurf einstimmig.

- 2 **Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1998 (Haushaltsgesetz 1998)** 2
Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 12/2400
Vorlage 12/1515
Einzelplan 03 - Innenministerium

- Einführende Stellungnahme des Innenministers
- Diskussion

- 6 **Unvereinbarkeit der Mitgliedschaft in Scientology mit einer Tätigkeit im öffentlichen Dienst des Landes Nordrhein-Westfalen - keine Aufträge an Scientology-geprägte Unternehmen** 6
Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 12/2012
Vorlagen 12/1459 und 12/1484

- Diskussion

Der Antrag der CDU-Fraktion einschließlich der mündlich vorgetragenen ergänzenden Empfehlungen wird mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU abgelehnt.

- | | | |
|----|--|----|
| 7 | Evaluierung der Neuorganisation der Polizei im Lande Nordrhein-Westfalen | 7 |
| | - Erläuterung von seiten des Innenministeriums | |
| 8 | Neuorganisation der Autobahnpolizei | 8 |
| | - Bericht eines Vertreters des Innenministers | |
| | - Diskussion | |
| 9 | Neuorganisation der Bereitschaftspolizei
Vorlage 12/1323 | 11 |
| | - Bericht des Inspektors der Polizei | |
| | - Diskussion | |
| 10 | Todesfall eines Festgenommenen im Zusammenhang mit einer Polizeiaktion in Hückelhoven | 13 |
| | - Bericht des Innenministers | |
| 11 | Auftragsvergabe zur Körperschutzausstattung der Polizei | 14 |
| | - Bericht des Innenministers | |

- 12 **Vorgänge im Zusammenhang mit der Dienstaufsichtsbeschwerde gegen den Bochumer Polizeipräsidenten** 15
- Diskussion
- 13 **Vorwürfe des Landesvorsitzenden des BdK bezüglich ungerechtfertigter Disziplinarmaßnahmen** 16
- Stellungnahme des Innenministers
- 14 **Ausschreibungsverfahren für Blutalkoholuntersuchungen im Regierungsbezirk Detmold** 16
- Bericht eines Vertreters des Innenministers
- Diskussion
- 15 **Terminplanung 1998 (siehe Anlage)** 18
- Der Ausschuß erklärt sich mit den Terminvorschlägen einverstanden.
- 16 **Verschiedenes** 19
- (siehe Diskussionsprotokoll)

4 Gesetz zur Stärkung der Leistungsfähigkeit der Kreise, Städte und Gemeinden in Nordrhein-Westfalen

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 12/2340
Zuschrift 12/1370

Mit Blick auf die am 8., 9. und 10. Oktober stattfindende Anhörung unter Federführung des Ausschusses für Kommunalpolitik verständigt sich der Innenausschuß darauf, vor der Beratung die Auswertung dieser Anhörung abzuwarten.

5 Gesetz zur Änderung des Personalausweisgesetzes NW

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 12/2229

Der Ausschuß billigt den Gesetzentwurf einstimmig.

2 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1998 (Haushaltsgesetz 1998)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 12/2400
Vorlage 12/1515

Einzelplan 03 - Innenministerium

Innenminister Franz-Josef Kniola bezeichnet den Einzelplan 03 als gekennzeichnet zum einen durch aus dem allgemeinen Sparzwang resultierende Veränderungen, so etwa den Kürzungen unter anderem bei den sächlichen Verwaltungsausgaben oder einigen Verbrauchstiteln.

In weit höherem Umfange, und zwar in der Größenordnung von erheblichen Millionenbeträgen, entstammten die zahlmäßigen Veränderungen allerdings der rückläufigen Entwicklung der Asylbewerberkosten aufgrund gesunkener Asylbewerberzahlen, aufgrund des Wegfalls des den Haushalt in den vergangenen Jahren stark belastenden Zusammentreffens von Spitzabrechnungen aus den Vorjahren mit Pauschalabrechnungen aus den laufenden Jahren und aufgrund des Endes der Zahlungsverpflichtungen des Landes gemäß Bürgerkriegsflüchtlingsgesetz zum 31. Dezember 1997.

Heinz Paus (CDU) bittet um entweder mündliche oder rechtzeitig bis zu den fraktionsinternen Haushaltsberatungen schriftliche Beantwortung folgender Fragen:

Für wie realistisch halte der Innenminister die massiv gekürzten Ansätze im Asylbereich?

Zum Personalhaushalt Polizei: Welche gesetzlichen Maßnahmen wären erforderlich und welche Kosten entstünden, um der Forderung der GdP nach Bündelung der Besoldungsgruppen A 7/A 8 Rechnung zu tragen? - Existierten im Innenministerium Überlegungen, wie in anderen Bundesländern vorhanden auch hier die Möglichkeit eines Bewährungsaufstiegs vom gehobenen Dienst nach A 14 zu schaffen? - Gebe es tatsächlich einen Deckelungsbeschluß des Kabinetts betreffend den gehobenen Dienst bezogen auf die einzelnen Säulen? - Denke das Ministerium darüber nach, zu erwartende Unzuträglichkeiten dergestalt, daß Polizeibeamte aus der ersten Säule irgendwann ihre Kollegen, die Qualifikationslehrgänge absolviert hätten, überflügelten, auszugleichen? - Inwieweit habe sich der Innenminister mit dem Kienbaum-Vorschlag befaßt, bisher noch mit Polizeivollzugsbeamten besetzte Stellen in Zukunft preiswerter mit Angestellten auszufüllen?

Auf welchem Stand befänden sich die vorgesehenen Baumaßnahmen für den Polizeipräsidenten Köln und das Landeskriminalamt?

Minister Franz-Josef Kniola sagt dem Ausschuß zu, an ihn die von ihm, Kniola, bei den Mitarbeitern seines Hauses bereits den Auftrag gegebene Auflistung der Verteilung der verschiedenen Ämter im Polizeihaushalt mit Zuordnung zu den einzelnen Säulen weiterzuleiten.

Zu unterscheiden bitte er zwischen Asylbewerbern und Bürgerkriegsflüchtlingen. - Für den Bereich "Asyl" gehe er davon aus, daß die vom Ministerium geschätzten Zahlen "Asylbewerber" und "Asylbewerber mit Leistungsbezug" mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit einträten. Um sich nur auf seriöse Berechnungen zu stützen, habe das Ministerium die Auswirkungen eines eventuellen Gesetzes zur weiteren Verminderung der vom Land zu tragenden Kosten - Stichwort: Vier-Monats-Frist - noch unberücksichtigt gelassen. Unvorhersehbar blieben natürlich die Folgen, die auf das Land zukämen, falls Auseinandersetzungen in anderen Teilen der Welt zu einem erneuten Asylbewerberstrom führten. Zunächst einmal sehe es aber nach einer deutlich rückläufigen Zahl aus.

Mit Blick auf die Bürgerkriegsflüchtlinge habe die Landesregierung das ihr einzig Mögliche getan: das im Gesetz Festgeschriebene umgesetzt. Sollte das Parlament zu anderen Entscheidungen kommen, müsse es auch die finanziellen Konsequenzen bedenken: Auf der Basis

einer 100-%-Bezuschussung auf der Grundlage von je 645 DM beliefen sich die Kosten auf rund 243 Millionen DM.

Gesondert zu diskutieren wären die Themen "Betreuungspauschale" und "Kontingentflüchtlinge". Die Kosten für letztere seien bisher im Haushalt des Ministers für Arbeit, Gesundheit und Soziales etatisiert gewesen, gingen aber in 1998 auf das Innenressort über. Die Größenordnung hier belaufe sich auf 21,6 Millionen DM.

Bezüglich des Personalhaushalts Polizei denke man nicht daran, einen Aufstieg vom gehobenen Dienst nach A 14 zu eröffnen, zumal davon nur sehr wenige profitierten. Das nordrhein-westfälische Besoldungsgefüge der Polizei enthalte dafür andere, insgesamt attraktivere Bonbons als das der übrigen Bundesländer. Außerdem paßte eine solche Maßnahme nicht in die gegenwärtige Landschaft und spiegelte sicherlich auch nicht das Hauptanliegen der Polizeiorganisationen wider.

In bezug auf das auch ihn bedrückende Problem "Beförderungsmöglichkeiten im Bereich A 7/A 8" hätten ihm gegenüber in Gesprächen die Arbeitnehmerorganisationen der Polizei und der Hauptpersonalrat Polizei großes Verständnis signalisiert, daß letztlich nur haushaltsneutrale, d. h.: im Personalhaushalt der Polizei gegenfinanzierte Regelungen in Betracht kämen. Er hoffe, sich unterhalb der Notwendigkeit von gesetzlichen Veränderungen einvernehmlich mit dem Finanzminister über haushaltsneutrale Maßnahmen zu einigen.

Auf gutem Wege befunden habe man sich bei der Besetzung von im Bereich der Polizei dafür geeigneten Stellen mit Angestellten anstatt mit Polizeivollzugsbeamten bis zu dem Zeitpunkt, als sich wegen der gesamtwirtschaftlichen Situation in der Bundesrepublik nicht mehr so viele Beamte wie in Anlehnung an die Zahlen der Vergangenheit prognostiziert zur Teilzeitarbeit, zur Inanspruchnahme des Vorruhestandes oder zum Wechsel in die Privatwirtschaft entschlossen hätten. Um alle jungen ausgebildeten Polizeivollzugsbeamten übernehmen zu können, habe man sämtliche vorhandenen Stellen plus der vom Finanzminister befristet zusätzlich zugebilligten 1 200 Stellen heranziehen müssen. Außerdem gebiete es die Fürsorgepflicht, in gewissem Umfange Stellen für polizeivollzugsdienstuntaugliche Beamte vorzuhalten. Die Besetzung von Stellen durch Angestellte, wie von Kienbaum vorgeschlagen, werde deshalb nicht vor dem Jahre 2000 gelingen.

Als im Zusammenhang mit dem Bauprojekt PP Köln nennt Minister Kniola neben noch zu schaffenden baurechtlichen Voraussetzungen auf dem vorgesehenen Gelände in Köln-Kalk als in erster Linie den Zeitablauf beeinflussend die Frage "Investorenmodell und, wenn ja, mit welchem Investor". Der zur Auslotung noch benötigte Vorlauf mache die Bereitstellung größerer Summen für 1998 entbehrlich.

Betreffend die Zentralen polizeitechnischen Dienste gehe man von einem Baubeginn im nächsten Jahr an dem ausgewählten Standort in Duisburg aus.

Zu dem Thema "LKA" werde er schriftlich berichten.

Theodor Kruse (Olpe) (CDU) schließt sich der von der Gewerkschaft der Polizei geäußerten Einschätzung an, die im Haushaltsentwurf in Ansatz gebrachten 580 Einstellungsermächtigungen reichten zur langfristigen Deckung des Nachwuchsbedarfs nicht aus.

Minister Franz-Josef Kniola versichert, explizit auch namens der Landesregierung, es werde einen gleichbleibenden Personalbestand bei der Polizei geben; marginale Veränderungen durch die Beschlüsse zu den Polizeimusikcorps, zum Personen- und Objektschutz in Bonn sowie gegebenenfalls Entscheidungen im Bereich der Flughäfen außen vor. Das - auch aus Sicht des Hauptpersonalrates unstreitige - Ergebnis "580 Einstellungsermächtigungen" beruhe auf nach bestem Wissen und Gewissen und unter Einbeziehung aller erfaßbaren Aspekte vom Ministerium durchgeführten Berechnungen. Auch in Zukunft werde man sich bemühen, unter der Prämisse "konstante Personalstärke" im Einvernehmen mit GdP, Hauptpersonalrat, aber auch anderen Arbeitnehmerorganisationen der Polizei Berechnungen zu erarbeiten und Entscheidungen zu fällen. Im übrigen würden alle Prognosen und damit die Berechnungen sofort hinfällig, vollzöge der Bundesgesetzgeber die Beschlüsse der Bundesregierung nach und höbe das Pensionsalter für Polizeivollzugsbeamte auf 61 Jahre an.

In diesen Komplex gehöre auch die Sorge um die Ausbildungseinrichtungen der Polizei. Er bemühe sich, sie so auszulasten, daß sie intakt gehalten werden könnten.

Hans-Peter Meinecke (SPD) erkundigt sich nach der Sinnhaftigkeit langfristig festgelegter Einstellungszahlen, um die Ausbildungssituation zu effizient wie möglich zu gestalten. Im Rahmen dessen wäre zu beachten, daß, durch entsprechend viele oder wenige Einstellungen in der Vergangenheit bedingt, die Abgänge in den einzelnen Jahren sicher sehr unterschiedlich ausfallen würden, was die Notwendigkeit heraufbeschwöre, zukünftig auch einmal "überplanmäßig" Beamte einzustellen, um, die zwei- bis dreijährige Ausbildungszeit eingerechnet, den Nachbedarf zu decken.

Für sinnvoll hielte er es, würden im Laufe der nächsten Jahre wenigstens schon einmal die ab dem Jahre 2000 mit Angestellten zu besetzenden Stellen bezeichnet, damit die Polizeivollzugsbeamten es wüßten, wenn sie eine Tätigkeit nur vorübergehend wahrnähmen.

Minister Franz-Josef Kniola sieht für einen Einstellungskorridor kein Erfordernis. Es existierten Berechnungen für einen Zeitraum von zehn Jahren unter den gegebenen Bedingungen. Und bei den gegebenen Bedingungen heiße das: Die Einstellungsquantität, die infolgedessen erreicht werde, garantiere eine Kontinuität in der Ausbildung. Auch an dieser Stelle müsse er aber betonen: falls nicht politische Entscheidungen die Berechnungen zunichte machten.

In bezug auf die Benennung von Stellen bringe es die Neuorganisation der Kreispolizeibehörden mit sich, diese umzubesetzenden Stellen nicht vom Ministerium aus zu bestimmen, sondern die Verantwortung auf die Behörden vor Ort zu delegieren und mit ihnen im Dialog zu Vorschlägen zu kommen. Diesen Prozeß habe sein Haus eingeleitet.

TERMINPLAN 1998

- 1. Jahreshälfte -

	M	D	M	D	F	Sa	So
Januar	5	6	7	8	9	10	11
Februar	12	13	14	15	16	17	18
März	19	20	21	22	23	24	25
April	26	27	28	29	30	31	1
Mai	2	3	4	5	6	7	8
Juni	9	10	11	12	13	14	15
Juli	16	17	18	19	20	21	22
	23	24	25	26	27	28	29
	30	31	1	2	3	4	5
	6	7	8	9	10	11	12
	13	14	15	16	17	18	19
	20	21	22	23	24	25	26
	27	28	29	30	1	2	3
	4	5	6	7	8	9	10
	11	12	13	14	15	16	17
	18	19	20	21	22	23	24
	25	26	27	28	29	30	31
	1	2	3	4	5	6	7
	8	9	10	11	12	13	14
	15	16	17	18	19	20	21
	22	23	24	25	26	27	28
	29	30	1	2	3	4	5

() = Schulferien

□ = Plenarsitzungstage

— = Bundesrat

TERMINPLAN 1998

- 2. Jahreshälfte -

	M	D	M	D	F	Sa	So
Juli	6	7	8	9	10	11	12
August	13	14	15	16	17	18	19
September	20	21	22	23	24	25	26
Oktober	27	28	29	30	31	1	2
November	3	4	5	6	7	8	9
Dezember	10	11	12	13	14	15	16
	17	18	19	20	21	22	23
	24	25	26	27	28	29	30
	31	1	2	3	4	5	6
	7	8	9	10	11	12	13
	14	15	16	17	18	19	20
	21	22	23	24	25	26	27
	28	29	30	1	2	3	4
	5	6	7	8	9	10	11
	12	13	14	15	16	17	18
	19	20	21	22	23	24	25
	26	27	28	29	30	31	1
	2	3	4	5	6	7	8
	9	10	11	12	13	14	15
	16	17	18	19	20	21	22
	23	24	25	26	27	28	29
	30	1	2	3	4	5	6
	7	8	9	10	11	12	13
	14	15	16	17	18	19	20
	21	22	23	24	25	26	27
	28	29	30	31			

() = Schulferien

□ = Plenarsitzungstage

— = Bundesrat

Anlage zu Nr. 12/603

O = Aufsicht für innere Verwaltung

Bundestagswahl ?

v. 21.12.1998 - 10.01.1999